

## Presseerklärung

### **NEIN zu weiterer Belastung pflegender Angehöriger durch das Tariftreuegesetz!**

Die Pflege in Deutschland wird zu über 80% rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr subsidiär und unentgeltlich durch pflegende Angehörige sichergestellt. Ergänzt wird diese Angehörigenpflege durch ambulante und stationäre professionelle Pflege gegen Entgelt.

Das seit dem 1. August geltende Tariftreuegesetz wird die Entgelte aller Voraussicht nach so in die Höhe schnellen lassen, dass viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sie nicht mehr bezahlen können. Konsequenz wird sein, dass Angehörige, vor allem Frauen, noch mehr Zeit unentgeltlich für Angehörigenpflege investieren müssen, dass sie Beruf und Pflege noch weniger vereinbaren können und dass sie noch weniger in ihre Altersversicherung investieren können. Ihre Altersarmut ist vorprogrammiert. Ist das politisch so gewollt?

Pflegebedürftige und Angehörige ersten Grades finanzieren einen Großteil der Pflegekosten aus ihren privaten Ersparnissen. Mit dem Tariftreuegesetz werden diese Anteile massiv steigen. Wird damit auch eine Steigerung der gefühlten Qualität in der professionellen Pflege, die Zeit für Zuwendung und Gespräche steigen?

Die Auftraggeber\*innen der Pflege, die Menschen mit Pflegebedarf und ihre pflegenden Angehörigen können sich gegen massive finanzielle Mehrkosten nicht wehren. Sie können nicht überprüfen, wohin ihre Gelder gehen, welche Gewinne mit ihren Geldern gemacht werden. Sie können nicht nachvollziehen, welcher Anteil ihrer Gelder konkret für Pflege und Sorge aufgewendet wird und welcher Anteil beispielsweise in die Immobilienwirtschaft fließt. Angehörige, die unentgeltlich pflegen und damit den größten Teil der Pflege und Sorge im Land für Menschen mit Pflegebedarf jeden Alters (!) sicherstellen, haben weder Sitz noch Stimme in irgendeinem relevanten Gremium.

Ja, professionelle Pflege muss angemessen bezahlt werden. Dafür bezahlen wir Bürger\*innen Beiträge in die Pflegeversicherung und hohe Eigenanteilbeträge aus unseren privaten Ersparnissen. Dann ist es doch wohl das Mindeste, was pflegende Angehörige erwarten können, dass ihre Interessen mit einbezogen werden in Verhandlungen zum Thema Pflegeentgelte und Pflegerahmenbedingungen.

Die Stimmen von Seiten pflegender Angehöriger nach einem angemessenen finanziellen Leistungsausgleich für ihre Pflege- und Sorgearbeit werden in Zukunft lauter werden. Armut darf keine Begleitung der Angehörigenpflege sein und Altersarmut kann nicht am Ende ihrer oft jahre- und jahrzehntelangen Sorgearbeit stehen.

Eines ist sicher: Bricht das Pflegefundament der Angehörigenpflege weg, dann bricht die gesamte Pflege in Deutschland zusammen.

Es ist pflegenden Angehörigen völlig unverständlich, warum ein Thema von nationaler sozialer Bedeutung in ein Wolke des politischen und gesellschaftlichen Schweigens gehüllt ist.

Das muss sich ändern!

Brigitte Bührlen

06.09.2022